

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einrichtung eines Weltmädchentages der Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mädchen und Frauen repräsentieren etwa die Hälfte der Weltbevölkerung. Sie spielen in ihren Gesellschaften eine zentrale und unverzichtbare Rolle. Insbesondere in Entwicklungsländern leisten sie einen erheblichen – meist unbezahlten – Beitrag zum Bruttosozialprodukt und sind die treibende Kraft für ihre Familien und Gemeinden. Selten wird dies entsprechend gewürdigt. Viel eher erfahren sie in weiten Teilen der Erde Benachteiligung, Ausbeutung, Gewalt und Ausgrenzung, was weichenstellende Bedeutung hat und die Grundlage bildet für die häufig lange nachwirkenden Benachteiligungen von Frauen über deren gesamten Lebensverlauf hinweg.

Dies alles geschieht ungeachtet der Tatsache, dass die Weltgemeinschaft in Konventionen und Abkommen universelle Menschenrechte verankert hat, die gleichermaßen für Männer und Frauen gelten. Ausdrücklich forderte die Aktionsplattform der Vierten Weltfrauenkonferenz von Peking, dass alle Hindernisse beseitigt werden müssen, „um Mädchen ohne jede Ausnahme die Möglichkeit zu geben, durch den gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Ausbildung, Ernährung [...] ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten voll zur Entfaltung zu bringen.“

Um die Diskriminierung und Ausbeutung von Mädchen zu beenden und ihre Rechte zu gewährleisten, bedarf es eines noch stärkeren öffentlichen Bewusstseins für ihre Situation und eines aktiven politischen Handelns, das in den Industrie- ebenso wie in den Entwicklungsländern eine Politik für mehr Geschlechtergerechtigkeit im Lebenslauf entwickelt. In diesem Sinne hat die kanadische Regierung im Frühjahr 2011 beschlossen, sich offiziell bei den Vereinten Nationen für die Einführung eines Weltmädchentages einzusetzen. Ein solcher Tag soll weltweit auf die Rechte von Mädchen aufmerksam machen, die aufgrund ihrer besonderen Lebenssituationen häufig ignoriert oder verletzt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich bei den Vereinten Nationen dafür einzusetzen, den 22. September als Weltmädchentag der Vereinten Nationen zu deklarieren.

Berlin, den 20. September 2011

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion
Rainer Brüderle und Fraktion
Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Weder am Internationalen Frauentag noch am Weltkindertag wird bislang auf die besondere Situation der Mädchen aufmerksam gemacht. In vielen Ländern sind bis heute Mädchen z. B. im Bildungs- und Gesundheitsbereich zurückgesetzt, werden nicht als eigene Rechtspersonen anerkannt und weniger geschützt, obwohl etwa die Konvention über die Rechte des Kindes, die von fast allen Staaten ratifiziert wurde, nicht nur den besonderen Schutz von Kindern betont, sondern die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, die eigenen Rechte von Mädchen und Jungen durchzusetzen.

Mädchen erfahren in vielen Ländern häufig Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts – teilweise schon vor ihrer Geburt. Dabei reflektiert die gesellschaftliche Geringschätzung von Mädchen und Frauen eine grundlegend fehlende Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Die Benachteiligung und Ausbeutung von Mädchen ist vielfach eingebettet in kulturelle Denkweisen, Traditionen, Überzeugungen und religiöse Einstellungen. Sie manifestiert eine untergeordnete Stellung der Frau und fördert ihre Diskriminierung im Rechtssystem, wie beispielsweise im Erb- und Besitzrecht.

Die Benachteiligung von Mädchen drückt sich auf vielfältige Art und Weise aus: In einigen asiatischen Gesellschaften sind Mädchen weitgehend unsichtbar oder werden aufgrund der weit verbreiteten Praxis, weibliche Föten abzutreiben, erst gar nicht geboren. Schätzungsweise 100 Millionen Frauen, davon etwa 60 Millionen in Asien, fehlen dadurch in den Bevölkerungsstatistiken. Inzwischen finden junge Männer in einigen Regionen keine Ehefrauen. Dieser Umstand begünstigt unter anderem den Menschenhandel mit Mädchen und Frauen in die Zwangsprostitution sowie Zwangsverheiratung und verletzt somit ihre Würde, ihr Recht auf freie Wahl des Ehepartners und Rechte der sexuellen Selbstbestimmung. Mädchen werden auch seltener in Geburtenregister eingetragen als Jungen. Sie können dadurch ihre grundlegenden Rechte nicht wahrnehmen und sind weniger geschützt vor Ausbeutung, Unterdrückung und Misshandlung. Weltweit besonders betroffen sind Mädchen mit Behinderung, Mädchen aus indigenen Gruppen und Minderheiten, Mädchen, die auf der Straße arbeiten und leben oder Mädchen als Opfer systematischer sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten bzw. auf der Flucht.

Die mangelnde Förderung von Geburt an hindert sie daran, ihr volles Potential auszuschöpfen und ihre Rechte wahrzunehmen. Sie werden oft schlechter ernährt als ihre Brüder, erhalten weniger medizinische Versorgung und geringere Bildungsmöglichkeiten, trotz des Rechts auf Bildung. Obwohl es inzwischen gelungen ist, immer mehr Mädchen einzuschulen, besuchen weltweit laut der Statistikabteilung der Vereinten Nationen (United Nations – UN) immer noch annähernd 40 Millionen Mädchen nicht die Grundschule. Bei weiterführenden Schulen fällt das Missverhältnis noch deutlicher zuungunsten von Mädchen und Frauen aus. Ebenso besteht für Mädchen und Frauen oft kein gleichberechtigter Zugang zu Informationen und Medien. Mädchen werden auch seltener ermutigt, am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilzuhaben und wirken infolgedessen später in geringerem Maße an Entscheidungsprozessen mit.

Mädchen sind vielfältigen Formen geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt ausgesetzt: Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsheirat oder Verheiratung zum Zwecke der Prostitution, Gewalt im familiären Umfeld sowie in Schulen und Gemeinden. 150 Millionen Mädchen unter 18 Jahren erleben laut UN-Angaben ihre ersten sexuellen Kontakte unter Anwendung von Gewalt. Etwa 50 Prozent der sexuellen Übergriffe weltweit erfahren Mädchen, die jünger als 16 Jahre alt sind. Die Sexualität von Mädchen und jungen Frauen ist häufig ein Tabuthema. Dies hindert sie daran, sich selbstbestimmt mit ihrer Sexualität auseinanderzusetzen und Zugang zu Familienplanung und reproduktiver Gesundheit zu erhalten. Junge Frauen haben ein deutlich höheres Risiko,

sich mit dem HI-Virus zu infizieren. Fast zwei Drittel der Neuansteckungen weltweit in der Altersgruppe zwischen 15 und 24 Jahren betreffen junge Frauen. Im südlichen und östlichen Afrika ist die HIV-Rate von jungen Frauen zwei bis drei Mal so hoch wie die gleichaltriger junger Männer. Schätzungsweise 150 Millionen Frauen sind an ihren Genitalien verstümmelt. Jedes Jahr kommen etwa 3 Millionen Mädchen hinzu. Die psychischen und körperlichen Folgen bleiben ein Leben lang bestehen.

Mädchen sind in der Familie und in der Arbeitswelt Opfer von Diskriminierung. Diese äußert sich beispielsweise in der frühen und erzwungenen Verheiratung von Mädchen oder in der wirtschaftlichen und sexuellen Ausbeutung junger Mädchen als billige Arbeitskräfte. Mädchen werden häufig traditionell so erzogen, dass sie ihre Mütter im Haushalt entlasten. Sie verbringen zwischen 30 und 85 Prozent mehr Zeit mit unbezahlter Arbeit als Jungen. Mehr als 60 Millionen Mädchen in Entwicklungsländern werden laut UNICEF vor ihrem 18. Lebensjahr gegen ihren Willen verheiratet. Mit Beginn der Pubertät werden Mädchen in einigen Ländern als erwachsene Frauen mit allen Pflichten betrachtet. Sie werden bereits im Kindesalter zwangsverheiratet und bekommen in der Folge sehr früh selbst Kinder. Geburten im jungen Alter gefährden ihre Gesundheit und die der Säuglinge. Im Jahr 2008 bekamen 14,3 Millionen Mädchen ihr erstes Kind im Alter zwischen 15 und 19 Jahren. Schwangerschaft und Geburt sind Haupttodesursachen bei Teenagern. Die Gefahr, bei der Geburt zu sterben ist in dieser Altersgruppe doppelt so hoch wie die Müttersterblichkeit von Frauen über 20 Jahren. Jährlich sterben rund 70 000 Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren an den Folgen von Komplikationen während der Schwangerschaft oder bei der Geburt. Auch die Säuglingssterblichkeit von Kindern junger Mütter ist um 50 bis 100 Prozent höher als bei Müttern ab 19 Jahren. Von den jährlich etwa 6 Millionen ungewollten Teenagerschwangerschaften werden viele durch risikante Abtreibungen und mit erheblichen gesundheitlichen Folgen beendet.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten gab es allerdings auch positive Entwicklungen. Die Lebenserwartung von Frauen stieg kontinuierlich an. Auch im Bildungsbereich hat sich vieles getan. Die Alphabetisierungsrate bei Mädchen ist gestiegen – gerade in Afrika und im südlichen Asien. Jedoch finden sich im Bildungsbereich nach wie vor Geschlechterdisparitäten. Laut dem UNESCO-Weltbildungsbericht 2011 sind fast zwei Drittel der Analphabeten weltweit Frauen.

Mädchen brauchen die notwendigen rechtlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen, damit der generationenübergreifende Diskriminierungskreislauf durchbrochen werden kann. Es ist nicht nur aufgrund der universellen Rechte geboten, dafür zu sorgen, dass Mädchen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Ernährung, Schutz, medizinischer Versorgung, Informationen und Medien sowie gesellschaftlicher Teilhabe haben, sondern dies bringt auch erhebliche gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Vorteile mit sich. Die Stärkung von Mädchen trägt überproportional dazu bei, Kinderarmut zu reduzieren. Die Millenniumsentwicklungsziele können nur erreicht werden, wenn die Hälfte der Weltbevölkerung ihre Rechte wahrnehmen kann, geachtet und geschätzt wird.

Ein Weltmädchentag der Vereinten Nationen soll dazu beitragen, das Bewusstsein für ihre Sicherheit und Rechte vor allem dort sichtbarer zu machen, wo sie noch lange nicht selbstverständlich sind. Damit der Tag über Symbolik hinausgeht, stehen alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte in der Pflicht, ihn durch entsprechende Initiativen mit Leben zu füllen.

